

Rohstoffsicherheit: Sündenbock Spekulation?

Im Jahr zwei nach der Krise spielt es sich auf der Klaviatur der Konjunktur erfreulich leicht – zumindest in Deutschland. Der Wirtschaftsmotor läuft rund, der Arbeitsmarkt ist robust und selbst der Euro trotz tapfer Rettungsschirm und Schuldendesaster. Auch auf der großen Bühne, wie kürzlich im kleinen Davos auf dem Weltwirtschaftsforum, bestimmt verhaltener Optimismus die Stimmung. Doch die Klaviatur der Konjunktur birgt Tücken – ein kleiner Fehlgriff und die Tonart wechselt abrupt von Dur nach Moll.

Eine der wichtigsten Sollbruchstellen der Zukunft ist schon heute klar erkennbar: die Rohstoffknappheit. Während unsere Ressourcen begrenzt sind, steigt der Energiehunger immerfort. Zudem liegt ein Großteil der Rohstoffvorkommen in Regionen, die nicht für ihre politische Stabilität bekannt sind. Auch die Tatsache, dass die kommende Supermacht China über 95 Prozent der für die Industrieproduktion essentiellen Seltenen Erden kontrolliert, trägt nicht wirklich zur Rohstoffsicherheit bei. Als Folge zieht die Preisspirale scheinbar unaufhörlich an. Für den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der Ende Januar seine Agenda für den G8- und G20- Vorsitz vorstellte, gibt es aber noch einen weiteren, entscheidenderen Grund: die Spekulation.

Wieder einmal muss die in den letzten Jahren heftig gescholtene Finanzbranche Kritik einstecken. Seit der Deregulierung der Rohstoffmärkte und -börsen zu Beginn des Jahrtausends sind Finanzinvestoren in großem Stil in den Handel mit Rohstoff-Derivaten eingestiegen. Umstritten ist allerdings ihr tatsächlicher Einfluss auf die Preisentwicklung. Sicher, Finanzmarktakteure können für nicht unerheblichen wirtschaftlichen Schaden sorgen. Und doch sind es eher systemische Kollateralschäden – mehr Symptom denn Krankheit. Es gibt plausible Gründe für Preissprünge an den Rohstoffbörsen: zum einen das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern, zum anderen die Umstellung auf eine klimafreundliche Wirtschaft. Immer häufiger kommt es dadurch zu regionalen Rohstoffkonkurrenzen, die wie im Fall von Biokraftstoffen globale Konsequenzen haben und ebenfalls zur Rohstoffknappheit beitragen.

Rohstoffsicherung und Ressourceneffizienz gehen Hand in Hand. Im Internationalen Jahr der Chemie ist die Chemische Industrie geradezu verpflichtet, Lösungen zum schonenden Umgang mit Ressourcen aufzuzeigen. Und sie tut es! Ja, die Chemie braucht viele Rohstoffe. Aber der effiziente Einsatz dieser Rohstoffe in der Gegenwart senkt den zukünftigen Verbrauch um ein Vielfaches. Diesen Zyklus der Ressourcenschonung treibt die Chemie voran.

Dafür ist sie jedoch auf einen stabilen, für die Unternehmen möglichst berechenbaren Rohstoffmarkt angewiesen. An dieser Stelle kommt die Politik ins Spiel: Statt sich medienwirksam auf die Bekämpfung der eher peripheren Spekulation zu stürzen, sollte sich Nicolas Sarkozy um ein zumindest unter den EU-Partnern abgestimmtes Konzept zur Koordinierung der Rohstoffpolitik bemühen.

Unlängst präsentierte die EU-Kommission ihren in die Strategie Europa 2020 eingebetteten Plan für ein ressourcenschonendes Europa. Viel Neues bietet er nicht – intelligente Ressourcennutzung, mehr Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaftswachstum gehören zu den Eckpfeilern eines jeden Zukunftsentwurfs. Interessanter ist der Plan, den die Kommission entgegen ihren ursprünglichen Absichten nicht vorstellte, nämlich die neue Rohstoffstrategie. Darin wird die von Sarkozy herausgearbeitete Schlüsselrolle der Finanzspekulation bei Rohstoffpreisen bezweifelt, übrigens auch von Experten der OECD und des IWF. In letzter Minute beugte sich die Kommission dem Druck des französischen Präsidenten und verschob die Präsentation.

Europa braucht beides: eine gemeinsame Rohstoffpolitik und einen gemeinsamen Rohstoffmarkt. Dazu gehört auch der Handel mit Rohstoffderivaten, der sich nicht wie Teile der Finanzwirtschaft – etwa der sich mittlerweile zu gefährlicher Größe aufblähende Schattenbanksektor – vernünftigen Kontrollmechanismen entziehen darf. Über Instrumente wie die Einführung von Margenzahlungen oder Positionslimits kann und muss diskutiert werden. Aber eine Entmündigung der Rohstoffmärkte darf nicht stattfinden, damit würden letztlich auch die rohstoffintensiven Industrien ausgehebelt. Gerade durch den Derivatehandel sichern sich Unternehmen gegen Preisschwankungen ab. Es wäre höchst bedauerlich, geriete ein solch wichtiges Thema zum Spielball persönlicher Eitelkeiten. Der Rohstoffmangel bedroht Industrieländer in ihrem wirtschaftlichen Kern. In dieser Frage sind Alleingänge oder Schnellschüsse nicht nur unangebracht, sondern kontraproduktiv. Zögerlichkeit und zähe Abstimmungsrunden kann sich aber auch niemand leisten.



Gerhard Kronisch,
Hauptgeschäftsführer des VAA

Merkel: „Chemie braucht Zukunft und Chemie hat Zukunft“

Am 9. Februar fand im Berliner Radialsystem die vom Forum Chemie organisierte deutsche Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Chemie 2011 statt. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betonte in ihrer Eröffnungsrede die herausragende Bedeutung der Chemie für Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Elektromobilität und Nanotechnologie.



Die Präsidenten und Vorsitzenden der am Forum Chemie beteiligten Organisationen begrüßten die Bundeskanzlerin im Berliner Radialsystem: Thomas Köhler (BG RCI), Dr. Hans Jürgen Wernicke (DECHEMA), Michael Vassiliadis (IG BCE), Dr. Klaus Engel (VCI), Prof. Michael Dröscher (GDCh), Dr. Thomas Fischer (VAA) und Prof. Wolfgang von Rybinski (DBG). Foto: VCI

„Deutschland muss innovativ sein. Wenn wir den Vorsprung oder gar den Anschluss an die Welt nicht halten, ist unser Wohlstand gefährdet“, rief Merkel in ihrer Rede zu weiteren Anstrengungen auf. Die konkurrierenden Schwellenländer seien dabei, von Wissensimporteuren zu Wissensproduzenten zu werden. Die Bundeskanzlerin hob zugleich die herausragende Bedeutung der Chemie für Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Elektromobilität und Nanotechnologie hervor. „Chemie braucht Zukunft und Chemie hat Zukunft“, so Merkel.



Die Vereinten Nationen haben das Aktionsjahr 2011 ausgerufen, um weltweit auf die wachsende Bedeutung der Chemie in allen Lebensbereichen hinzuweisen. Aus Anlass des Aktionsjahres haben sich in Deutschland neun Chemieorganisationen zum „Forum Chemie“ zusammengeschlossen, darunter der VAA.

Professor Michael Dröscher, Sprecher des Forums Chemie, unterstrich in Berlin den Stellenwert der Chemie beim Thema Nachhaltigkeit: „Heute brauchen wir das schöpferische Potential der Chemie mehr denn je. Ihre Erkenntnisse, Verfahren und Produkte sind unverzichtbar für eine nachhaltige Entwicklung unserer Welt.“

Dr. Wolfgang Plischke, Vorstandsmitglied der Bayer AG und dort verantwortlich für Innovation, Technologie und Umwelt, warb in seinem Schlusswort dafür, die gesellschaftliche Akzeptanz der Chemie zu stärken: „Auf unsere Ideen ist Verlass. Das müssen wir unseren Mitbürgern zeigen.“

Dr. Thomas Fischer, 1. Vorsitzender des VAA, machte sich für die Anliegen des Forums stark: „Die Auftaktveranstaltung war ein hervorragender Startschuss für das Jahr der Chemie in Deutschland. Wir werden das Aktionsjahr nutzen, um noch mehr als bisher auf die Bedeutung der Chemie für das Leben der Menschen aufmerksam zu machen.“ Fischer appellierte an die Politik, verstärkt für die Leistungen der Chemie einzutreten und zu werben.

Weitere zentrale Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der Chemie in Deutschland werden das Wissenschaftsforum Chemie vom 4. bis 7. September in der Messe Bremen und der bundesweite Tag der Offenen Tür am 24. September sein. Daneben wird es vielfältige regionale und lokale Veranstaltungen geben. Weitere Termine und Informationen zum Internationalen Jahr der Chemie 2011 sind unter www.ijc2011.de und www.chemistry2011.org abrufbar.

Forum Chemie

Folgende Organisationen gehören zum Forum Chemie:

Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) (federführend), Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemische Industrie (BG RCI), Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), Deutsche Bunsen- Gesellschaft für Physikalische Chemie (DBG), Fonds der Chemischen Industrie (FCI), Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie (DECHEMA), Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der Chemischen Industrie (VAA) sowie der Verband der Chemischen Industrie (VCI).

Versetzungsklauseln ohne Radiusangabe transparent

Versetzungsklauseln in Arbeitsverträgen, die inhaltlich der Regelung in § 106 S. 1 Gewerbeordnung entsprechen, unterliegen nicht der Angemessenheitskontrolle nach § 307 I 1 BGB. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden.

Ein Arbeitgeber wollte eine Mitarbeiterin, die sieben Jahre lang in seinem Betrieb in Bielefeld gearbeitet hatte, nach München versetzen. Er berief sich dabei auf eine Versetzungsklausel, die als Teil der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Arbeitsvertrag vereinbart worden war. Die Arbeitnehmerin war mit der Versetzung nicht einverstanden und verweigerte den Arbeitsantritt in München. Sie vertrat die Auffassung, sie habe aufgrund ihrer jahrelangen Tätigkeit in Bielefeld nicht mehr an einen anderen Ort versetzt werden dürfen. Daraufhin kündigte ihr der Arbeitgeber wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung. Zuvor hatte er den Betriebsrat am Standort Bielefeld zu der Kündigung angehört.

LAG gab Arbeitnehmerin Recht

Die Arbeitnehmerin klagte vor dem Arbeitsgericht Bielefeld und vor dem Landesarbeitsgericht Hamm (LAG) erfolgreich gegen die Versetzung und die Kündigung. Das LAG entschied, dass die Versetzungsklausel als unangemessene Benachteiligung nach § 307 I BGB unwirksam sei. Eine Klausel, die eine bundesweite Versetzung ermögliche, müsse Angaben zum maximalen Entfernungsradius der Versetzung sowie zu den Ankündigungsfristen enthalten. Da dies nicht der Fall war, erklärte das LAG die Versetzung und die Kündigung für unwirksam. Der Arbeitgeber ging gegen diese Entscheidung in Revision vor das Bundesarbeitsgericht (BAG).

§ 307 BGB: Inhaltskontrolle

(1) Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind unwirksam, wenn sie den Vertragspartner des Verwenders entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen. Eine unangemessene Benachteiligung kann sich auch daraus ergeben, dass die Bestimmung nicht klar und verständlich ist.

Das BAG hob mit seinem Urteil (9 AZR 36/09 vom 13.04.2010) die Entscheidung des LAG teilweise auf. Es entschied, dass die Angemessenheitskontrolle nach § 307 I 1 BGB nicht auf die Versetzungsklausel anzuwenden ist. Die Klausel entspreche inhaltlich der Regelung des § 106 S. 1 Gewerbeordnung (GewO). Sie stelle daher keine von Rechtsvorschriften abweichende oder diese ergänzende Regelung dar, für die der Anwendungsbereich des § 307 I 1 BGB eröffnet ist.

Eine Unwirksamkeit der Klausel ergibt sich aus Sicht des BAG auch nicht aus der Transparenzkontrolle nach § 307 I 2 BGB. Diese sei zwar auf die Versetzungsklausel anwendbar, allerdings genüge diese dem Transparenzerfordernis. Insbesondere bestehe keine Pflicht des Arbeitgebers, einen maximalen Entfernungsradius oder eine angemessene Ankündigungsfrist zu vereinbaren. Eine solche Konkretisierungsverpflichtung werde dem Bedürfnis des Arbeitgebers, auf im Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht vorhersehbare Veränderungen reagieren zu können, nicht gerecht. Der Arbeitnehmer sei gegen unbillige Entscheidungen des Arbeitgebers hinreichend dadurch geschützt, dass dieser sein Direktionsrecht nur im Rahmen billigen Ermessens ausüben dürfe und diese Ermessensentscheidung gerichtlich voll überprüfbar sei. Diese Prüfung habe das LAG nachzuholen und die Wirksamkeit der Versetzung neu zu beurteilen.

§ 106 Gewerbeordnung: Weisungsrecht des Arbeitgebers, Satz 1

Der Arbeitgeber kann Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung nach billigem Ermessen näher bestimmen, soweit diese Arbeitsbedingungen nicht durch den Arbeitsvertrag, Bestimmungen einer Betriebsvereinbarung, eines anwendbaren Tarifvertrages oder gesetzliche Vorschriften festgelegt sind.

Hinsichtlich der Kündigung gab das BAG allerdings – wie schon die Vorinstanzen – der Arbeitnehmerin recht. Der Arbeitgeber hat sich in eine Zwickmühle manövriert. Sollte die Versetzung unwirksam sein, musste die Klägerin nicht in München arbeiten. Sollte die Versetzung wirksam sein, hätte die Beklagte den Betriebsrat der Niederlassung München zu den Kündigungen anhören müssen. Das Gericht betonte, dass eine Anhörung des falschen Betriebsrates ebenso zur Unwirksamkeit einer Kündigung führe wie eine unterlassene Anhörung.

VAA- Praxistipp

Das BAG hat mit dem Urteil seine bisherige Praxis zu räumlichen Direktionsvorbehalten fortgesetzt. Bereits in einer Entscheidung im Jahr 2008 (9 AZR 433/06) hatten die Erfurter Richter unter Hinweis auf § 106 S. 1 GewO eine nähere Konkretisierung bei einem räumlichen Direktionsvorbehalt nicht für erforderlich gehalten.

Dienstwagen: Entfernungszuschlag nur bei tatsächlicher Nutzung

Der zu versteuernde geldwerte Vorteil durch einen Dienstwagen ist nur dann mit einem Zuschlag für die Nutzung von Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstätte zu versehen, wenn der Dienstwagen tatsächlich für solche Fahrten genutzt wird. Das hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden.

Wird der geldwerte Vorteil der privaten Nutzung eines Dienstwagens typischerweise mit der 1%-Regelung besteuert, erhöht sich der so ermittelte Betrag um monatlich 0,03% des Listenpreises für jeden Entfernungskilometer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, wenn das Fahrzeug auch dafür genutzt werden kann.

Die Finanzverwaltung vertritt die Auffassung, dass der 0,03%-Zuschlag in jedem Fall anzusetzen ist, also unabhängig davon, ob der Dienstwagen tatsächlich für solche Fahrten genutzt wird.

Dieser Auffassung hat der BFH mit zwei Urteilen vom 22.09.2010 (VI R 55/09 und VI R 57/09) widersprochen. In beiden Fällen war Arbeitnehmern von ihrem Arbeitgeber ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt worden, der auch für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte genutzt werden konnte.

Das Finanzamt hatte zusätzlich zur 1%-Regelung jeweils monatlich 0,03% des Bruttolistenpreises der Fahrzeuge für jeden Entfernungskilometer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als geldwerten Vorteil angesetzt. Der BFH berücksichtigte dagegen den Zuschlag nur nach der Anzahl der tatsächlich zwischen Wohnung und Arbeitsstätte durchgeführten Fahrten und gelangte so zu entsprechend geringeren Zuschlägen.

VAA-Praxistipp

Durch die erneuten Urteile des BFH wird die bisherige Praxis der Finanzverwaltung in Frage gestellt werden. Je nach Anzahl der Fahrten zur Arbeit, Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und Bruttolistenpreis des Dienstwagens können sich erhebliche Auswirkungen ergeben.

VAA- PINKO: Im engen Dialog entwickelt

Ab Mitte 2011 wird der VAA die Plattform für internetgestützte Kommunikation, kurz VAA- PINKO, einführen. Der Verband möchte so seine Mandatsträger in ihrer Arbeit vor Ort noch stärker unterstützen. Dazu im Interview: Dr. Hans- Dieter Gerriets.

VAA Newsletter: Sie engagieren sich in der VAA-Kommission Internet und bringen hier die Perspektive aus der Arbeit vor Ort ein. Wie sah die bisherige Zusammenarbeit konkret aus?

Gerriets: Die Internetkommission wurde im November 2009 ins Leben gerufen. Seitdem sind wir, die Vertreter verschiedener Werksgruppen, Mitarbeiter der VAA-Geschäftsstelle und die beiden Softwareentwickler aus Berlin, mehrmals in der Kölner Geschäftsstelle zusammen gekommen.

Einmal trafen wir uns hier in Uerdingen, damit die VAA-Kollegen insbesondere die administrativen Aufgaben der Werksgruppenarbeit vor Ort kennen lernen und sich über die Bedürfnisse der Werksgruppe ein Bild machen konnten.



VAA Newsletter: Welche spezifischen Anforderungen sollte PINKO für Sie als Werksgruppenvorsitzenden erfüllen?

Gerriets: Ein langgehegter Wunsch der Werksgruppen ist es, neben der VAA- Geschäftsstelle auch eine dezentrale Mitverwaltung der Mitgliederdaten zu ermöglichen. Gerade zwischen den niederrheinischen Werksgruppen Leverkusen, Dormagen und Uerdingen gibt es eine Vielzahl von Versetzungen, verursacht vor allem durch Um-, Neu- und Reorganisationen der in diesen Chemieparks ansässigen Unternehmen.

Die Pflege der Mitgliederdaten führt zu einem erheblichen administrativen Aufwand, schließlich vertreten diese drei Werksgruppen allein über 3.200 Mitglieder.

Mit einem stets aktuellen Datenbestand wird es uns, und hier meine ich nicht nur den Werksgruppenvorstand, sondern auch das einzelne Mitglied, zukünftig möglich sein, den VAA- Mitgliedern unserer Werksgruppe, aber auch über die Werksgruppe hinaus, zum Beispiel auf Unternehmensebene, spezifische Informationen zu geben. Davon werden sicherlich die einzelnen Mitglieder profitieren, aber auch Mandatsträger in den VAA-Arbeitskreisen und Werksgruppenvorständen.

VAA Newsletter: Wie wird dies mit PINKO funktionieren?

Gerriets: Nach Schulung und Einweisung durch die Mitarbeiter der VAA- Geschäftsstelle wird ab circa Jahresmitte begonnen, in den einzelnen Werksgruppen den Mitgliederdatenbestand zu konsolidieren. Dies erfolgt durch spezielle Zugriffsberechtigungen an ein oder zwei Kollegen je Werksgruppe über eine internetbasierte Plattform. In diesem sogenannten „Backend“ werden nicht nur Mitgliederdaten gepflegt, sondern auch Zielgruppen festgelegt und der „Informationsspeicher“ gefüllt. Diese Informationen können Rundschreiben, Nachrichten, Termine, Veranstaltungsberichte oder Auswertungen sein, die dann im „Frontend“ für das einzelne Mitglied sichtbar sein werden. Hierzu ist dann lediglich ein Login des Mitglieds auf der VAA- Webseite notwendig.

VAA Newsletter: In einem Satz zusammengefasst: Welche Möglichkeiten bietet Ihnen VAA- PINKO?

Gerriets: PINKO bietet mehr, schnellere und gezieltere Informationen für das einzelne Mitglied bei gleichzeitig geringerem administrativen Aufwand für die Werksgruppe und die VAA- Geschäftsstelle.



Dr. Hans- Dieter Gerriets ist Vorsitzender der VAA- Werksgruppe Uerdingen und Mitglied der VAA-Kommissionen Internet und Einkommen.

Kurzmeldungen

Veränderungen gestalten, Entscheidungen vorbereiten



Unter dem Titel „Personal Mastery – Veränderungen gestalten statt erleiden“ hielt Prof. Dr. Daniela Lohaus von der Stuttgarter Hochschule für Technik einen von rund 100 Teilnehmern vielbeachteten Vortrag im Industriepark Höchst. Veranstalter waren die Landesgruppe Hessen und die Werksgruppe Bayer CropScience Frankfurt. Lohaus zeigte Wege auf, wie jeder Einzelne Stabilität und Zufriedenheit erreichen kann. Sie stützte sich auf das Konzept der „lernenden Organisation“ von Peter Senge. Voraussetzung ist die Formulierung persönlich erreichbarer Ziele. Diese sollten mindestens einmal jährlich überprüft werden. Weitere Informationen unter:

www.hft-stuttgart.de/Studienbereiche/Wirtschaft/Master-General-Management/Personal/Professoren/DanielaLohaus/de

Vollständige Stromversorgung durch erneuerbare Energien bis 2050?

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat am 26. Januar 2011 Bundesumweltminister Röttgen das Sondergutachten "Wege zur 100% erneuerbaren Stromversorgung" überreicht. In dem Gutachten zeigt der SRU auf, wie aus seiner Sicht eine sicherere und bezahlbare, vollständig erneuerbare Stromversorgung bis 2050 erreichbar wäre.

[Kurzfassung des Gutachtens \(8 Seiten\)](#)

[Vollständige Fassung des Gutachtens \(700 Seiten\)](#)



Attraktive Rabatte für VAA- Mitglieder

Durch die Zusammenarbeit mit dem neuen VAA-Kooperationspartner corporate benefits erhalten VAA-Mitglieder seit Dezember viele zusätzliche und exklusive Vergünstigungen auf Produkte und Dienstleistungen von 85 namhaften Anbietern. Gleichzeitig werden die neuen und die bereits bestehenden Vergünstigungen in einem übersichtlichen Internetportal zusammengefasst. Nach dem üblichen Login im Mitgliederbereich der VAA-Internetseite können Mitglieder direkt über ein eigens eingerichtetes Internetportal auf die Angebote zugreifen. Eine erneute Registrierung ist nicht notwendig.

[Vergünstigungen für VAA- Mitglieder](#)

Termine

15.02.11: Kommission Betriebsräte

Veranstalter: VAA

Ort: Novotel Mainz, Augustusstrasse 6, 55131 Mainz

15.02.11 Regionalgruppentreffen Hessen- Nord

Referent: Prof. Dr. T. Beisswenger

Veranstalter: VAA

Ort: Philipps- Universität Marburg

Beschreibung: Informationsveranstaltung für Studenten, Doktoranden und junge Akademiker mit einem Vortrag von Prof. Dr. T. Beisswenger "Studium und was dann? Erfolgsfaktoren im Jobmarkt": Karriereberatung, Bewerbungstipps, Netzwerkpflge. Anschließend findet eine Diskussion mit VAA- Führungskräften aus Unternehmen statt.

[Anmeldung](#)

22.02.11: Vortrags- und Diskussionsveranstaltung "Aktuelle Herausforderungen für die betriebliche Altersversorgung unter Berücksichtigung der laufenden Diskussion zum Grünbuch"

Referent: Rechtsanwalt Joachim Schwind, Vorsitzender des Vorstands der Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst- Gruppe VVaG

Veranstalter: VAA- Landesgruppe Hessen

Ort: Industriepark Höchst, K 801, gr. Konferenzraum EG

[Anmeldung](#)

24.02.11: Landesgruppe Mitte/ Ost

Veranstalter: VAA

Ort: Mercure Hotel Berlin Tempelhof Airport, Hermannstraße 214-216, 12049 Berlin

05.04.11: Vortrag "Ausgebrannt, erschöpft, frustriert und verzweifelt? Ursachen, Symptome und Therapie des Burnout- Syndroms"

Referent: PD Dr. med. Michael Grube, Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie- Psychosomatik im Klinikum Frankfurt Höchst.

Veranstalter: VAA Landesgruppe Hessen und Werksgruppe Bayer CropScience Frankfurt

Ort: Industriepark Höchst, K 801, gr. Konferenzraum EG

[Anmeldung](#)

Links

Wirtschaftliche Aspekte der Nachhaltigkeit

In der Studie "Strategie 2030 – Vermögen und Leben in der nächsten Generation" analysieren die Berenberg Bank und das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) die gesamtwirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Aspekte der Nachhaltigkeit.

[Studie "Strategie 2030 - Nachhaltigkeit"](#)

CHEManager

CHEManager E- Mail- Newsletter

Der 14- tägliche E- Mail- Newsletter des CHEManager liefert die neuesten Nachrichten der Branche auf einen Blick. Die Registrierung ist kostenlos und kann jederzeit widerrufen werden.

[Zur Registrierung](#)